DIE RHEINPFALZ

DIE RHEINPFALZ – NR. 216 ROCKENHAUSEN FREITAG, 17. SEPTEMBER 2010

Weichen für Lidl-Umzug gestellt

ROCKENHAUSEN: Stadtrat beschließt Planänderung für „Kaiserslauterer Straße"

Bei zwei Gegenstimmen (FWG) und einer Enthaltung (CDU) hat der Rockenhausener Stadtrat die Änderung des Bebauungsplans „Kaiserslauterer Straße" auf den Weg gebracht. Die Änderung ist die Voraussetzung für den geplanten Umzug des Lidl-Einkaufsmarktes vom Stadtausgang in Richtung Marienthal in das Fachmarktzentrum, das am Standort des „alten" Rewe-Marktes entstehen soll.



Soll vom Stadtrand ins Einkaufszentrum: der Lidl-Markt. ARCHIVFOTO: NOBI

Wie berichtet ist in der Kaiserslauterer Straße im Auftrag des Investors – der Firma UBG aus Leonberg – ein neuer, vergrößerter und ein Stück nach Norden „verschobener" Rewe-Markt gebaut worden. Am Standort des bisherigen, nun ungenutzten Rewe-Marktes plant das schwäbische Unternehmen nun im zweiten Bauabschnitt die Errichtung mehrerer Fachmärkte. Konkret sollen ein Textil- und Drogerie- sowie unter Umständen ein Schuhfachmarkt gebaut werden. Das Vorhaben lasse sich jedoch nur realisieren, „wenn ein weiterer Lebensmittel-Discounter in das Gesamtkonzept mit eingebunden werden kann", hatte UBG betont. Mit anderen Worten: Die Ansiedlung von Fachmärkten ist nur denkbar in Verbindung mit einem zugkräftigen Discounter-Markt. Damit der Lidl-Markt mit einer geplanten Verkaufsfläche von 1000 Quadratmetern in die Kaiserslauterer Straße umziehen kann, ist eine Änderung des bestehenden Bebauungsplans notwendig.

Um Fachmärkte zu gewinnen, müsse der angestrebte Discountmarkt ermöglicht werden, betonte Michael Nehm (SPD). Über den Zeitpunkt der Anfrage zeigte sich Werner Dietz (CDU) etwas verwundert. Seiner Meinung nach wäre diese Beratung schon früher möglich gewesen. Dem widersprach Stadtbürgermeister Karl-Heinz Seebald: Erst im August seien die notwendigen Abstimmungsgespräche geführt worden. Ulrich Putsch (FDP) sagte, es sollte darauf geachtet werden, dass sich die geplante Erweiterung in die bestehende Bausubstanz einfüge. Negative Auswirkungen für die Innenstadt befürchtete Manfred Adam (FWG) durch die Pläne. Es sollte Vorsorge für die Versorgung der älteren Generation getroffen werden.

Durchgeführt wird ein beschleunigtes Verfahren, damit die Ansiedlung schon bald realisiert werden kann. Zugleich beschloss der Stadtrat die Offenlegung des Planentwurfs und die Einholung der Stellungnahmen der von der Änderung berührten Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange. Ebenfalls bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschloss das Gremium eine Veränderungssperre für diesen Bereich. Damit will die Stadt vermeiden, dass bis zur Rechtskraft des geänderten Bebauungsplanes bauliche Anlagen errichtet oder geändert, Ausschachtungen und Ablagerungen vorgenommen oder Lagerstätten gegründet werden. (osw)